

Europa-Manifest der CDU

Beschluss des Bundesvorstands
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands
am 22. März 2004

Europa-Manifest der CDU

Beschluss des Bundesvorstands
der CDU Deutschlands am 22. März 2004

Das Jahr 2004 ist ein Schlüsseljahr in der Europapolitik: Ein Vierteljahrhundert nach der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament kommt es zur ersten Wahl nach der Vereinigung Europas in Freiheit. Durch den Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai wird die Europäische Union größer. Wir wollen, dass sie damit auch stärker wird. Mit der Europawahl am 13. Juni 2004 werden wichtige Weichen für die Zukunft Europas und damit auch für Deutschland gestellt:

Die Zukunft des Stabilitäts- und Wachstumspakts steht auf dem Spiel. Der Verfassungsvertrag muss unter Dach und Fach gebracht werden. Und im Dezember entscheidet der Europäische Rat über die Zukunft der Beziehungen der EU zur Türkei.

1. Für ein Europa der Bürger

Die CDU ist die deutsche Europa-Partei. Gemeinsam mit unseren Partnern in der Europäischen Volkspartei (EVP), dem Zusammenschluss der christlich-demokratischen und bürgerlichen Parteien der Mitte, setzen wir uns für ein starkes und bürgernahes Europa ein. Die CDU hat mit ihren Schwesterparteien von Beginn an entscheidend zur europäischen Integration und zum Aufbau eines vereinigten Europas in Frieden und Freiheit beigetragen. Gleichzeitig sorgt die CDU dafür, dass die deutschen Interessen in der EU gewahrt werden und Deutschland wieder eine geachtete und starke Stimme erhält.

Wir wollen kein Europa der Bürokraten, sondern ein Europa, das den Unionsbürgern nützt und ihnen Vorteile bietet. Deshalb setzen wir uns für mehr Handlungsfähigkeit, Demokratie und Transparenz in der Europäischen Union ein. Die EU soll überall dort gestärkt werden, wo sie die Probleme besser und effektiver lösen kann als die Mitgliedstaaten mit ihren Regionen und Kommunen. Gleichzeitig sollen alle Aufgaben, die die Kommunen, Regionen und Mitgliedstaaten bürgernäher und besser lösen, auf

der dezentralen Ebene angesiedelt sein. Darum wollen wir eine europäische Verfassung, welche den Bürgern mehr demokratische Teilhabe durch das Europäische Parlament garantiert, Entscheidungen innerhalb der EU für jeden nachvollziehbar macht und für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten sorgt. Unser Ziel ist ein Europa, in dem die Nationen ihre Identität bewahren und ihre kulturelle Vielfalt erhalten, und welches den innerstaatlichen Aufbau, die regionale Eigenverantwortung und die kommunale Selbstverwaltung respektiert.

2. Für ein Europa, das Wohlstand und Arbeitsplätze sichert

Die Europäische Union ist Garant für Freiheit, Sicherheit und wirtschaftlichen Erfolg in ganz Europa. Als exportorientierte und größte Volkswirtschaft in Europa profitiert Deutschland in besonderem Maße vom freien Welthandel, vom europäischen Binnenmarkt und der EU-Erweiterung. Eine starke Europäische Union ist die beste Voraussetzung für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit in unserem Land. Dafür brauchen wir die richtigen Rahmenbedingungen für unternehmerische Initiative, für Innovationen in Wissenschaft und Technik und ein leistungsfähiges Bildungssystem. Nur so können wir auf Dauer neue Arbeitsplätze auch in Deutschland schaffen und den Erhalt unserer sozialen Sicherheit gewährleisten.

Ausdrücklich unterstützen wir das Ziel der Lissabon-Strategie, die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union bis zum Jahr 2010 deutlich zu steigern. Indessen sind es auch Gesetzesinitiativen der Europäischen Kommission, die dieses Vorhaben gefährden. Beschränkungen für Verbraucherkredite, Werbeverbote, die den Verbraucher entmündigen, zwangsweise Einführung einheitlicher Versicherungstarife unter dem Mantel der Gleichberechtigung, Rauchverbot in allen europäischen Gaststätten: derart ideologiebefrachtete Vorstöße der bisher mehrheitlich sozialistischen Kommission fördern allenfalls das Wachstum der Bürokratie, nicht aber das Wohl der europäischen Wirtschaft. Dies gilt auch für die Vorschläge zur Chemiepolitik. Auf Investoren wirken derartige Signale abschreckend.

3. Für klare Regeln zum Umwelt- und Verbraucherschutz

In einem Binnenmarkt mit offenen Grenzen brauchen wir klare und einheitliche Regeln zum Umwelt- und Verbraucherschutz. Ein fairer Wettbewerb kann nur stattfinden, wenn nicht derjenige gewinnt, der Umwelt und Verbraucher am wenigsten schützt. Allerdings muss übertriebene Bürokratie vermieden und zurückgefahren werden. Übertriebene Umsetzung der Regeln in Deutschland und zu lasche Umsetzung in anderen Mitgliedstaaten müssen im Ansatz vermieden werden.

Das Funktionieren des Binnenmarktes unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips zu gewährleisten ist Aufgabe der Europäischen Kommission. Darauf muss sie sich in Zukunft konzentrieren.

Wir werden auch darauf achten, dass bei der Zusammensetzung der nächsten Europäischen Kommission das Ergebnis der Europawahlen maßgeblich wird. Nach einem Sieg des bürgerlichen Lagers bei der Europawahl muss der künftige Kommissionspräsident auch dem bürgerlichen Lager angehören.

4. Für ein Europa, das die Vorteile der Globalisierung nutzt

Die Mitgliedstaaten der EU bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Die Europäische Union ermöglicht es uns, von den Vorteilen der Globalisierung zu profitieren, bewahrt uns aber auch vor ihren Nachteilen. Bereits heute lassen sich die vielfältigen Probleme einer zusammenrückenden und eng vernetzten Welt immer weniger auf nationaler Ebene bewältigen. Neue sicherheitspolitische Herausforderungen wie der internationale Terrorismus, aber auch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen erfordern gemeinsame Strategien und grenzüberschreitende Lösungen. Daher ist ein gemeinsames Europa der Schlüssel für die Sicherung unserer Existenz und den Erhalt unserer Zukunftsperspektiven.

5. Für eine Politische Union

Für uns ist die Europäische Union weit mehr als eine gehobene Freihandelszone. Sie ist für uns eine Politische Union sowohl der Bürger, als auch von befreundeten, europäischen Nationen. Dabei muss sich Deutschland als größter Mitgliedstaat seiner Verantwortung, auch gegenüber den kleineren Mitgliedstaaten, stets bewusst sein.

Unsere Wertüberzeugungen und die gemeinsame historische Erfahrung von Willkür und Gewaltherrschaft in Europa im letzten Jahrhundert legen uns eine besondere Verantwortung gegenüber dem menschlichen Leben auf und verpflichtet uns zum Schutz unveräußerlicher Menschenrechte und von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Dazu gehört das Recht auf die Heimat. Völkervertreibungen müssen geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden. Wir verstehen die Europäische Union als eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich dem europäischen, maßgeblich durch das Christentum und die Aufklärung beeinflussten Menschenbild verpflichtet sieht. Das christlich-jüdische Erbe sollte sichtbar in der Verfassung verankert sein. Die christlichen Werte von Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit bilden den Maßstab unseres Handelns, mit dem wir die europäische Zukunft verantwortungsvoll gestalten wollen.

Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben heute eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten. Die in der Europäischen Union geltende Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit ist ein Schritt hin zur Verwirklichung des Rechts auf die Heimat auch der deutschen Vertriebenen – in einem Europa, in dem die Völker und Volksgruppen einträchtig und ohne rechtliche Diskriminierungen auch aus der Vergangenheit zusammenleben können. Das Recht auf die Heimat gilt. Vertreibungsdekrete und –gesetze sind Unrecht. Sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten der Europäischen Union und des Völkerrechts. Vertreibung und ethnische Säuberung dürfen nirgendwo Teil der bestehenden Rechtsordnung sein.

6. Für Wachstum, Wohlstand und soziale Sicherheit

Mit ihrer Erweiterung wird die Europäische Union politisch und wirtschaftlich endgültig zu einem „Global Player“. Die faszinierende Idee eines europäischen Binnenmarktes mit einem freien Personen-, Waren-, Kapital- und Dienstleistungsverkehr sowie einer Politischen Union waren stets treibende Kräfte der europäischen Integration. Schon heute beträgt der Anteil deutscher Ausfuhren in die EU-Staaten, gemessen am Gesamtausfuhrvolumen, mehr als 50 Prozent.

Damit die Europäische Union international weiter wettbewerbsfähig bleibt und Deutschland von einem starken europäischen Wirtschaftsraum profitieren kann, müssen die Wachstumskräfte in der EU gestärkt werden. Dies gelingt nur, wenn die Soziale Marktwirtschaft das Leitprinzip europäischer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist. Die Soziale Marktwirtschaft ist die effektivste und gerechteste Wirtschaftsform. Sie schafft Wachstum und Arbeitsplätze und sorgt für sozialen Ausgleich. Kreativität, Innovationen und unternehmerischer Gründergeist entstehen nur in einem Klima der Freiheit, das Eigeninitiative, Leistungswillen und Verantwortungsbewusstsein belohnt. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass europäische Regeln unsere Wirtschaft strukturell stärken und für eine nachhaltige Belebung der Konjunktur sowie für einen Abbau der Arbeitslosigkeit sorgen. Einer bürokratischen Überregulierung unserer Industrie und der mittelständischen Betriebe erteilen wir eine klare Absage.

7. Für einen stabilen Euro

Nur eine stabile Währung schafft Vertrauen und sichert den Wohlstand aller Bürger. Die Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Pfeiler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sind die entscheidenden Garanten für die Stabilität des Euro und damit für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik im Euro-Raum. Nur wenn seine Regeln strikt eingehalten werden, kann die europäische Wirtschafts- und Währungspolitik funktionieren und sich das Vertrauen in die junge Währung festigen.

Deutschland trägt als größte Volkswirtschaft in der EU eine besondere Verantwortung für einen starken Euro und für die wirtschaftliche Entwicklung in Europa. Daher muss es die Regeln zur Wirtschafts- und Währungsunion ohne Abstriche einhalten. Mit ihrem Bruch des Stabilitätspaktes hat die rot-grüne Bundesregierung den Euro gefährdet und der europäischen Sache einen schweren Schaden zugefügt. Eine gesunde, nachhaltige Haushaltspolitik ist die Voraussetzung für ein stabiles Wirtschaftswachstum und für notwendige Investitionen in Bildung und zukunftssträchtige Technologien.

8. Für ein modernes und weltoffenes Europa

Jetzt gilt es, die entscheidenden Weichenstellungen für das Europa des 21. Jahrhunderts vorzunehmen und entscheidende Zukunftsträger wie die Bio- und Nanotechnologien sowie die Informations- und Kommunikationstechnologien unter Respektierung ethischer Grundsätze gezielt zu fördern. Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft müssen die Bildungssysteme der EU-Mitgliedstaaten unter Wahrung ihrer Zuständigkeiten mit dem Ziel ausgebaut werden, den Zugang zur Bildung zu verbessern und eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis herbeizuführen. Die Beherrschung von Fremdsprachen soll durch frühzeitigen Fremdsprachenunterricht und eine verstärkte Förderung von Auslandsaufenthalten künftig für jeden EU-Bürger Wirklichkeit werden. Deutschland und Europa brauchen darüber hinaus Kompetenzzentren für außereuropäische Kulturen zur Förderung von Weltoffenheit, interkulturellen Verständnisses und zur Erschließung neuer Absatzmärkte auch außerhalb Europas.

9. Für eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft

Ein moderner Wirtschaftsraum braucht auch eine wettbewerbsfähige und nachhaltige Landwirtschaft. Sie ist die Bedingung für den Erhalt unserer Kulturlandschaft. Wir setzen uns für eine europäische Landwirtschaftspolitik ein, die im Rahmen notwendiger Umstrukturierungen verlässliche Rahmenbedingungen für unsere landwirtschaftlichen Betriebe schafft und das Vertrauen der Verbraucher in unsere Lebensmittel stärkt.

10. Die Chancen der EU-Erweiterung nutzen

Durch die Aufnahme der neuen Mitgliedstaaten dehnt die EU die Strukturen einer auf Wohlstand, sozialen Ausgleich, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gerichteten Gemeinschaft vor allem nach Osten aus. Die Erweiterung ist ein großer politischer, wirtschaftlicher und kultureller Gewinn für die Europäische Union und die Menschen in Europa. Mit ihr wird das Handelsvolumen in den alten und neuen Mitgliedstaaten steigen und für kräftige Wachstumsimpulse in der ganzen EU sorgen. Dank ihres beispielhaften Aufholprozesses haben sich die Beitrittsstaaten zu ausgesprochenen Wachstumsmärkten entwickelt. Bereits heute exportiert Deutschland Waren und Güter im Wert von mehr als 70 Milliarden Euro pro Jahr in die mittel- und osteuropäischen Länder. Die EU-Erweiterung und damit die Möglichkeit der verbesserten wirtschaftlichen Arbeitsteilung in der EU wird unsere globale Konkurrenzfähigkeit erhöhen.

Für die neuen Bundesländer bringt die EU-Erweiterung sowohl Chancen, als auch Herausforderungen mit sich. Eine verlässliche Kohäsionspolitik der EU ist notwendig. Ausreichend lange Übergangsregelungen im Bereich der Arbeitnehmerfreizügigkeit werden unzumutbare Belastungen für unseren Arbeitsmarkt verhindern. In den Grenzregionen muss der Integrationsprozess durch verstärkte Investitionen in die Infrastruktur wirkungsvoll unterstützt werden.

11. Europa darf nicht unbegrenzt wachsen

Die Geschichte kennt viele Beispiele dafür, dass die Integrationskraft einer Rechtsordnung und von Institutionen nicht überfordert werden darf; sonst sind Schwächung und Auflösungstendenzen unausweichlich. Deshalb ist eine weitere Option neben der Vollmitgliedschaft in der EU notwendig. Sie kann sich an dem Beispiel des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR) orientieren und europäischen Staaten, die in absehbarer Zeit nicht Vollmitglied der EU sein können oder wollen, eine enge Beziehung zur EU ohne lange Wartezeiten ermöglichen. Dieser "EWR-Plus" kann zusätzlich zum Binnenmarkt v. a. Fragen des Umweltschutzes sowie der inneren und äußeren Sicherheit beinhalten.

12. Für die privilegierte Partnerschaft mit der Türkei

Die CDU spricht sich für ein freundschaftlich geprägtes, partnerschaftliches Verhältnis zur Türkei aus. Das Land ist ein traditioneller Freund Deutschlands und ein verlässlicher Verbündeter der transatlantischen Allianz. Unser Konzept der „Privilegierten Partnerschaft“ statt eines Beitritts trägt der europäischen Perspektive der Türkei Rechnung. Die „Privilegierte Partnerschaft“ geht weit über die zwischen der EU und der Türkei eingegangene Zollunion hinaus: So könnte ein alle Gütergruppen umfassende Wirtschaftsraum geschaffen werden. Weiterhin könnte die Zusammenarbeit vertieft werden – insbesondere zur Stärkung der Zivilgesellschaft, des Umweltschutzes, des Forschungs- und Innovationspotentials, zur Förderung von Kleinen und Mittleren Unternehmen, im Gesundheits- sowie im Bildungsbereich.

Zudem könnte die Türkei verstärkt in die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und in die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik einbezogen werden. Schließlich könnte zur Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Organisiertem Verbrechen die Zusammenarbeit der Behörden und Institutionen im Innen- und Justizbereich sowie der Geheimdienste deutlich intensiviert werden.

Der Beitritt von zehn neuen Staaten stellt eine große Herausforderung für die Europäische Union dar. Bevor mit weiteren Ländern Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden, müssen die Erfahrungen mit der Erweiterung zum 1. Mai 2004 ausgewertet werden. Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union müssen in der Balance gehalten werden. Wir treten dafür ein, dass im Dezember 2004 nicht über die Aufnahme von Verhandlungen über die Mitgliedschaft der Türkei in der EU entschieden wird. Falls die EU trotz unserer anderen Position allerdings die Aufnahme von Verhandlungen mit der Türkei beschließt, müssen diese auf die Perspektive einer Privilegierten Partnerschaft gerichtet sein, weil eine Aufnahme der Türkei die Integrationsfähigkeit der EU überfordern würde.

13. Europas Werte schützen, die innere und äußere Sicherheit stärken

Europa steht für Freiheit, Frieden, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und die universellen Menschenrechte. Diese Werte müssen gegen Fremdenfeindlichkeit, Intoleranz, Fundamentalismus und Angriffe von innen und außen verteidigt werden. Der internationale Terrorismus, die organisierte Kriminalität, ethnische Konflikte, der Zerfall von Staaten, illegale Einwanderung und die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sind Bedrohungen, die Europa zwingen, seine Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts zu definieren. Dies kann nur mit einer nach innen und außen starken Europäischen Union gelingen, durch eine gegenseitige Beistandspflicht im Kampf gegen den Terrorismus, durch eine stärkere Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz- und Innenpolitik, durch eine Erhöhung der Durchschlagskraft europäischer Polizeiorgane (Europol) und eine gemeinsame Sicherung der Außengrenzen.

Kein Staat in Europa kann die Sicherheit seiner Bürger und Bürgerinnen alleine garantieren. Die Europäische Union muss daher künftig ihre Anstrengungen verstärkt darauf richten, einen Beitrag zu einer sichereren Welt zu leisten. Diese Prioritätensetzung muss sich auch im Haushalt der Europäischen Union widerspiegeln. In Zeiten knapper Kassen muss deshalb ein größerer Teil des EU-Haushaltes in die Außenpolitik sowie innere und äußere Sicherheit gelenkt werden. Auch hier liefert die EU einen wirklichen Mehrwert. Bei unserer Sicherheit darf nicht gespart werden!

Die EU ist ein einzigartiger Raum der Freiheit. Zwischen den bisherigen Mitgliedstaaten gibt es praktisch keine Grenzkontrollen mehr. Diese Freiheit muss geschützt werden. Deshalb kommt der Sicherung der Außengrenzen der EU eine herausragende Bedeutung zu. Dazu muss die EU einen gemeinsamen europäischen Grenzschutz für ihre Außengrenzen einrichten und die Personenkontrollen zwischen den bisherigen und neuen EU-Mitgliedstaaten erst abbauen, wenn die neuen Mitgliedstaaten alle Voraussetzungen nach den Schengener Bestimmungen erfüllen.

Der jährliche finanzielle Verlust durch Unregelmäßigkeiten und Betrugereien zum Nachteil der Europäischen Union beläuft sich auf über 1 Milliarde Euro. Dabei handelt

es sich letztlich um das Geld der Steuerzahler. Zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union muss deswegen ein europäischer Finanzstaatsanwalt eingeführt werden, um finanzielle Missbräuche bei der Verwendung von EU-Mitteln wirksam einzudämmen.

14. Für ein außenpolitisch gewichtiges Europa

Die EU muss zum Akteur der Weltpolitik werden. Die EU muss daher ihre Interessen in der Welt definieren und sich mit den für ihre Durchsetzung nötigen Mitteln und Instrumenten ausstatten. Dazu gehört eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, die diesen Namen verdient, mit einem sichtbaren Profil und einer hörbaren Stimme. Nur so kann Europa sein gesamtes Gewicht in die Gestaltung einer neuen Weltordnung basierend auf den Prinzipien des Multilateralismus, des internationalen Völkerrechts und der Vereinten Nationen einbringen. Insbesondere strebt die CDU eine gleichberechtigte Partnerschaft Europas mit den USA bei der Lösung globaler Probleme an, denn die Alte und die Neue Welt bilden eine bewährte Wertegemeinschaft. Wir unterstützen daher nachdrücklich den Entwurf des EU-Verfassungsvertrages, der die Schaffung eines europäischen Außenministers und eines Europäischen Auswärtigen Dienstes bei der Europäischen Kommission vorsieht. Die außen- und sicherheitspolitische Abstimmung muss weiter vertieft werden. Eine außenpolitische Spaltung der EU wie während des Irak-Krieges darf sich nicht wiederholen. Aber auch im militärischen Bereich muss Europa mehr leisten als bisher. Die EU muss endlich den Schritt hin zu einer gemeinsamen Rüstungspolitik und einer Bündelung militärischer Fähigkeiten vollziehen. Unser langfristiges Ziel ist die Schaffung einer europäischen Armee als tragender europäischer Pfeiler der NATO.

Eine besondere Stärke der Europäischen Union liegt im Bereich des zivilen Krisenmanagements und der zivilen Konfliktprävention. Diese Stärken muss Europa auch künftig nutzen, um in Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern die Quellen möglicher Konflikte und organisierter Kriminalität auszutrocknen. Wir leisten damit auch einen wichtigen Beitrag, den Strom illegaler Einwanderung zu stoppen. Eine aktive und abgestimmte europäische Entwicklungspolitik ist deshalb nicht allein ein Beitrag zu einer besseren Welt, sondern auch ein entscheidender Beitrag für unsere Sicherheit.

15. Wahlauf Ruf

Die Europawahl entscheidet über die Zukunft von über 450 Millionen Bürgerinnen und Bürgern auf unserem Kontinent. Die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments ist entscheidend für den Kurs Europas in der Zukunft. Wir rufen daher die Bürger in Deutschland auf, am 13. Juni 2004 ihre Stimme der CDU zu geben, damit Europa eine gute Verfassung bekommt, eine stabile Währung behält, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa wieder zurückkehren sowie innere und äußere Sicherheit gegen Terroristen und das Organisierte Verbrechen wirksam verteidigt werden.